

Der Rechtsstaat

Definition des Begriffs: Rechtsstaat

Ein Rechtsstaat ist eine Staatsordnung, die auf die menschlichen Grundrechte (*Freiheit der Person, Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubens-, Gewissens-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Koalitionsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Recht der Freizügigkeit, freie Berufswahl...*) basiert. Somit hat jeder Bürger das Recht auf juristischem Weg gegen seinen Staat vorzugehen. Hierbei kann er sich darauf verlassen, dass eine Justiz nach rechtsstaatlichen Grundsätzen und erforderlichenfalls gegen staatliche Gewalt entscheidet. Die im Wesentlichen auf allgemeinen Menschenrechten basierenden rechtsstaatlichen Grundsätze sind in der Verfassung festgeschrieben. Dazu gehören der Grundsatz der Gewaltenteilung (*Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Ausführung), Judikative (Rechtsprechung)*), die Bindung der staatlichen Organe an die verfassungsmäßige Ordnung und das Prinzip der Rechtssicherheit. Staatliche Handlungen müssen in einem Rechtsstaat bestimmbar und voraussehbar sein. Das Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zum Rechtsstaat ist im Grundgesetz festgeschrieben (Art. 20, 28). Der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit kann durch keine Verfassungsänderung beseitigt werden (Art. 79 III GG).

Art. 20

- (1)
Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2)
Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3)
Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

- (4)
Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 28

- (1)
Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar. In Gemeinden kann man an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.
- (2)
Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört ein den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.
- (3)
Der Bund gewährleistet, dass die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

Art. 79**- (3)**

Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes der Länder, die Grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig

Formeller Rechtsstaat

Der Rechtsstaatsbegriff lässt sich im Allgemeinen in zwei Begriffe unterteilen
Formell bedeutet, dass die Staatsgewalt an Recht und Gesetz gebunden ist und alle staatlichen Maßnahmen durch unabhängige Gerichte überprüfbar sind. Das ist ein Staat in dem die Einhaltung von Rechtsschranken bei der Ausübung garantiert ist. Das Recht gilt, weil es gesetzt und in sich logisch ist.

Materieller Rechtsstaat

Ein materieller Rechtsstaat ist ein Staat, dessen Aufgabe auf die Verwirklichung der Rechtsidee und damit auf Rechtssicherheit, Vertrauensschutz und eine möglichst allseits befriedigende Ordnung der zwischenmenschlichen Beziehungen, notfalls unter Anwendung von Zwang gerichtet ist. Das Recht gilt weil es im Einklang mit Gerechtigkeit ist.

Machtstaat

Im Gegensatz zum Rechtsstaat steht der Machtstaat. Hier besteht das Wesen des Staates in der Machtausübung im Interesse einer Gruppe (Klasse, Schicht, Partei), der es gelungen ist, sich des Staatsapparats zu bemächtigen.

Quellen

<http://www.bundestag.de/Info/glossar/181616a.html>

<http://www.webworte.de>

<http://www.wissen.de>

<http://wilfrid.at/dpolitik2.shtml>

Broschüre, Parlamentsdeutsch für Anfänger und Profis

Das neue große farbige Lexikon, Bassermann

Microsoft Encarta 99